

Der sächsische Erzähler,

Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

erschließt jeden Freitag abends für den folgenden Tag und kostet einschließlich der Mittwoch- und Sonnabend-erhebungen „Beleuchtungs-Beilage“ bei Abholung vierteljährlich 1 M 50 J., bei Postzahlung ins Haus 1 M 70 J., bei allen Postanstalten 1 M 50 J. plus Postgebühren. Einzelne Nummern kosten 10 J. Nummer der Zeitungspresse 6587.

Versprechens Nr. 22.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr.

Insertate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die vierteljährliche Korpusgröße 12 J., die Reklamegröße 30 J. Geringerer Insertatenbetrag 40 J. Für Rückzahlung eingesandter Manuskripte usw. keine Gewähr.

Diebstahlgefahriger Jahrgang.

Die Lieferung von Wasser- und Bordsteinen soll vergeben werden. Angebotsformulare mit Lieferungsbedingungen sind im Stadtbauamt erhältlich. Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum 14. Februar dieses Jahres an den Stadtrat einzureichen. Bischofswerda, am 3. Februar 1910.

Der Stadtrat.

Aus dem europäischen Wetterwinkel.

In jüngster Zeit kommen über die politische Lage auf der Balkanhalbinsel wieder einmal ziemlich beunruhigende Nachrichten. Sie wissen namentlich über umfassende militärische Vorkehrungen der Türkei zu berichten; die sämtlichen Reservisten des 1., 2. und 3. Armeekorps sollen einberufen worden sein, in Konstantinopel haben grobe militärische Konferenzen stattgefunden, eifrigst werden die militärischen Vorräte ergänzt, angeblich sind sogar die Militärattachés der Pforte in Wien, Paris und Rom schleunigst nach Konstantinopel beordert worden. Speziell an der Grenze nach Bulgarien hin werden, Privatnachrichten aus Konstantinopel zufolge, die türkischen Kriegsvorbereitungen mit regem Eifer betrieben, die dortigen Grenztruppen befinden sich sämtlich in mobilisiertem Zustand, alle Befestigungswerke werden ausgebessert und stärker armiert. Ähnliche Maßnahmen soll die Pforte auch an der serbischen und der griechischen Grenze angeordnet haben; Konstantinopeler Blätter versichern, bis zum 1. März werde die türkische Armee auf 800 000 Mann gebracht und völlig kriegsbereit sein. Zum Ueberflus wird auch über beginnende kriegerische Maßnahmen Bulgariens berichtet; die diesjährigen Rekruten, welche erst Ende März bei ihren Truppenteilen eintreffen sollten, sind bereits auf Ausgang Februar einberufen worden, was allerdings erst infolge der bedrohlichen türkischen Truppenanhäufungen an der Grenze von der bulgarischen Regierung verfügt worden sein soll.

Ballen sich also wirklich im europäischen Wetterwinkel dunkle Wolken drohend zusammen, nachdem die letzte ernste Balkankrise vor noch nicht Jahresfrist ihre gütliche Lösung gefunden hatte? Man fragt sich einigermaßen befremdet, wodurch denn seit dem schon wieder eine so ernste Situation im nahen Orient hervorgerufen worden sein könnte, da doch in den letzten Monaten eigentlich nichts mehr von bedenklichen Konflikten zwischen den einzelnen Balkanstaaten verlautete. Lediglich das kretische Problem war noch als ein ungelöstes Fragezeichen übrig geblieben, und die Pforte hatte darum begonnen, bei den vier Schutzmächten Kretas energisch auf eine definitive Regelung der kretischen Verhältnisse hinzuwirken, womit sie freilich keine Gegenliebe bei den beteiligten Kabinetten fand, denn diese wollen vernünftigerweise an dem status quo auf Kreta im jetzigen Moment nicht rütteln lassen. Es setzte dann ein reger Depeschenwechsel zwischen der Pforte und den Kabinetten ein, der aber einen durchaus günstigen Verlauf nahm, so daß die Pforte, wie letzter Tage aus Konstantinopel gemeldet wurde, wegen befriedigender Dispositionen der Kretamächte die Absendung ihrer neuesten, angeblich sehr bestimmt gehaltenen Note in der kretischen Angelegenheit bis auf weiteres vertagt hat. Und trotzdem nun der neue kriegerische Rummel? Stimmt wirklich etwas nicht in dem Verhältnis der Türkei einerseits zu Griechenland, andererseits auch zu Bulgarien und Serbien? Es scheint doch beinahe so, mindestens zeigen sich diese gegenseitigen Beziehungen von einer unbehaglichen Unruhe erfüllt, man traut einander offenbar nicht über den Weg. Erklären doch auch die „Belgradske Novine“, ein halboffizielles Organ

der serbischen Regierung, ganz ungeheuer, der Friede auf dem Balkan berge zahlreiche Reime ernster Gefahren in sich, welche durch eine Verschärfung der Beziehungen zwischen der türkischen Regierung einerseits, Griechenlands und Bulgariens andererseits immer größer würden. Da schon das Frühjahr Ueberraschungen bringen könne, müsse Serbien für alle Fälle bereit sein, um eventuell die bedrohten eigenen Lebensinteressen zu verteidigen. Das klingt in der Tat recht bedenklich, zumal ja nicht geleugnet werden kann, daß im europäischen Orient trotz der Beschwörung der vorjährigen großen Krisis nach wie vor politischer Zündstoff in Masse aufgehäuft ist. Selbst Oesterreich-Ungarn scheint mit der Möglichkeit neuer kriegerischer Verwicklungen auf der Balkanhalbinsel zu rechnen, denn eine Meldung aus Niß (Serbien) besagt: Die österreichische Regierung beginnt von neuem große Truppenmassen an der türkischen Grenze zusammenzuziehen. Es heißt, die österreichische Regierung habe Kenntnis davon erlangt, daß Serbien und Montenegro aggressive Maßnahmen im Tazhija-Distrikt zu unternehmen beabsichtigen, um aus der gedrückten inneren Lage der Türkei Nutzen zu ziehen. Oesterreich halte es angesichts dieser Tatsache für nötig, gerüstet zu sein. Jedenfalls wird da die europäische Diplomatie gut tun, die weitere Entwicklung der Dinge „hinten weit in der Türkei“ scharf im Auge zu behalten.

Deutsches Reich.

Der Kaiser und die Kaiserin empfingen am Dienstag mittag im Berliner Residenzschloß den Prinzen Fushimi von Japan und seine Gemahlin. Der eigentliche Zweck des Besuchs des japanischen Prinzenpaares ist die Ueberreichung des Großkreuzes des Chrysanthemumordens an den Prinzen Adalbert, den dritten Sohn des Kaiserpaares; die genannte hohe japanische Ordensdekoration ist dem Prinzen Adalbert vom Mikado vor einiger Zeit verliehen worden. Der Audienz der japanischen Herrschaften wohnten das Kronprinzliche Paar, der Reichskanzler und der japanische Botschafter bei; im Laufe der Audienz überreichten die hohen Gäste aus dem fernen Osten dem Kaiserpaar und dem Kronprinzlichen Paar kostbare Geschenke, in japanischen Kunstgegenständen bestehend. Nach der Audienz fand Frühstückstafel statt. Am Mittwoch erschienen Prinz Fushimi und seine Gemahlin auf dem Hofball im königlichen Schloß. Im ganzen werden die japanischen Herrschaften neun Tage in Berlin, wo sie im Hotel Adlon Absteigequartier genommen haben, verweilen. Dem Prinzen Fushimi wurde vom Kaiser das Großkreuz des roten Adlerordens mit Kette verliehen.

Im Befinden des greisen Reichspräsidenten Grafen Stolberg ist im Laufe des Dienstag eine Wendung zum Schlimmeren eingetreten. Namentlich am Nachmittage verschlechterte sich sein Zustand so besorgniserregend, daß die behandelnden Aerzte telephonisch an das Krankenlager berufen wurden. Die Aerzte konnten jedoch das Krankenlager bald wieder verlassen. Trotz der sehr ernsten, augenblicklichen Situation hoffen die Aerzte, den Patienten am Leben zu erhalten.

Der Reichstag nahm am Dienstag zunächst die Abstimmung über den Protest vor, welchen der sozialdemokratische Abgeordnete Ledebour gegen den ihm in der Sitzung vom 29. Januar seitens des Vizepräsidenten Erbprinzen zu Hohenlohe erteilten Ordnungsruf eingelegt hat. Für die Berechtigung des Protestes stimmten nur die Polen, die freisinnige Fraktionsgemeinschaft und die Sozialisten; der Protest des Herrn Ledebour ist also vom Reichstag mit erheblicher Mehrheit zurückgewiesen worden. Dann beriet das Haus in zweiter Lesung den deutsch-portugiesischen Handelsvertrag, der von der Kommission mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt worden ist. Die Debatte brachte nichts sonderlich neues über diese Materie mehr; der Berichterstatter der Kommission, Abg. Hermann (fr. Volksp.), begründete dies ablehnende Votum. Zugunsten des Vertrags traten ein die Abgeordneten Kaempf (Fr. Volksp.), Graf Schwerin-Löwitz (kons.), Serold (Zentr.), Wolfenbahr (soz.) und Ahlhorn (fr. Volksp.), obwohl fast alle diese Redner die großen Mängel des portugiesischen Vertrags anerkannten. Eine prinzipiell ablehnende Stellung nahmen ein die Abgeordneten Dr. Strefemann (nat.-lib.), Ding (Reichsp.), Ganisch (Wirtschaftl. Vereinig.) und Pauly-Cochem (Zentr.). Regierungsseitig verteidigten die Staatssekretäre Bermuth und von Schoen den Vertrag. Bei der Abstimmung wurde er mit den Stimmen der Konföderativen, der Sozialdemokraten, der Freisinnigen, eines Teils der Reichspartei und des Zentrums und vereinzelter Nationalliberaler angenommen. Den Rest der Dienstag-Sitzung füllte die Fortsetzung der allgemeinen Debatte über den Kolonialetat aus; schließlich trat Vertagung auf Donnerstag ein.

Am Mittwoch fand in Berlin eine außerordentliche Plenarsitzung des Bundesrats statt, in welcher über den preußischen Antrag betreffs der Einführung von Schiffsabgaben beraten wurde. Die leitenden Minister der meisten Einzelstaaten, resp. ihre Vertreter, nahmen an dieser Bundesratsitzung teil.

Linksliberalen Blättern ist es sehr unangenehm, daß die konservative Presse fast ausnahmslos die bekannten Äußerungen des Abg. von Oldenburg zurückweist und bedauert. Wäre es doch gar zu schön gewesen, die rein persönliche Entgleisung zu einer solchen der ganzen konservativen Partei zu stempeln und ihr Gelüste einer Revolution von oben anzudichten. Demgegenüber erinnern die „S. Pol. Nachr.“ nachdrücklich daran, daß von Oldenburg nicht nur die mit Recht beanstandete Wendung scherzhaft gebraucht zu haben versichert, sondern daß die Linke genau so wie die Rechte sie zunächst auch mit großer, ja stürmischer Heiterkeit aufgenommen hat, bis darauf erst der Entrüstungssturm der Sozialdemokraten, die merkten, daß sich die Sache recht hübsch im Parteinteresse ausnützen ließe, einsetzte.

Der Verband Sächsischer Industrieller hat dem am 2. d. M. zur Beratung des preußischen Schiffsabgaben-Gesetzes zusammengetretenen Bundesrat eine Depesche übermittelt, worin er namens der sächsischen Industrie gegen die Einführung von Schiffsabgaben als einer die sächsische Industrie schwer schädigenden Belastung protestiert und für die Aufrechterhaltung der

sch für die meisten Geisteswerte, mit denen er bis jetzt an die Öffentlichkeit getreten, zu begreifen vermögen, und zu diesen wenigen sollte auch wohl Betracht solcher dann sein sehr einfach eingetragenen Gedanken, so empfand er es fast wie einen Schlag, wenn er sich nicht selbst über die Bedeutung der Sache vergewissert hätte.